
322/J XXVIII. GP

Eingelangt am 12.12.2024

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Polizei warnt vor Betrugsmasche mit ÖGK-Rückzahlungen**

Der ORF berichtete am 3. Dezember 2024 wie folgt:¹

Polizei warnt vor Betrugsmasche mit ÖGK-Rückzahlungen

Das Landeskriminalamt Niederösterreich warnt vor einem Onlinebetrug um vermeintliche ÖGK-Rückzahlungen. In Wahrheit versuchen die Kriminellen an die Kontodaten ihrer Opfer zu gelangen.

Das Landeskriminalamt Niederösterreich, Assistenzbereich Cybercrime, hat am Dienstag vor einer Zunahme von Betrugsfällen im Zusammenhang mit vermeintlichen Rückzahlungen der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) gewarnt. Allein im Bundesland soll in den vergangenen vier Wochen ein Schaden von mehr als 150.000 Euro entstanden sein. Die Landespolizeidirektion in St. Pölten riet zu erhöhter Aufmerksamkeit.

Link führt auf gefälschte Website

Die Masche: Betrüger kontaktieren ihre Opfer per E-Mail und informieren über eine angebliche Rückerstattung. In der Nachricht befindet sich ein Link, der auf eine gefälschte Webseite führt. Dort werden die Opfer aufgefordert, ihre Konto- oder Kreditkartendaten einzugeben, um die Rückerstattung zu erhalten. Wer seine Daten preisgibt, ermöglicht den Betrügern unberechtigte Abbuchungen vom Konto. Um die Echtheit von E-Mails zu überprüfen, sollte man im Zweifelsfall die ÖGK direkt kontaktieren, so die Landespolizeidirektion.

In diesem Zusammenhang richten die Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch und Peter Wurm an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

¹ <https://help.orf.at/stories/3227854>

1. Sind Sie als zuständiger Sozial- und Gesundheitsminister, und damit verantwortlich für das österreichische Sozialversicherungswesen, über diese betrügerischen Handlungen gegenüber den Sozialversicherten informiert?
 - a. Wenn ja, seit wann?
2. Wie hoch ist nach den Informationen des BMSGPK der entstandene Schaden gegenüber den Sozialversicherten?
3. Welche Maßnahmen ergreift das BMSGPK bzw. die ÖGK in diesem Zusammenhang?
4. Gab es bereits in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 bzw. im Laufe des Jahres 2024 solche oder ähnliche betrügerische Handlungen im Zusammenhang mit der ÖGK?
 - a. Wenn ja, wie wurde hier reagiert und welche weiteren Sicherheits- und Informationsmaßnahmen wurden in diesem Zusammenhang gesetzt?
5. Gab es bereits in den Jahren 2020, 2021, 2022 und 2023 bzw. im Laufe des Jahres 2024 solche oder ähnliche betrügerische Handlungen im Zusammenhang mit der Pensionsversicherungsanstalt (PVA), der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS), der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (BVAeB) oder der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA)?
 - a. Wenn ja, wie wurde hier reagiert und welche weiteren Sicherheits- und Informationsmaßnahmen wurden in diesem Zusammenhang gesetzt?
6. Welche Kooperationen bestehen in diesem Zusammenhang insbesondere mit den Sicherheitsbehörden, d.h. Polizei und Justiz, um diese betrügerischen Handlungen zu verfolgen und aufzuklären?